

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Dinslaken @Wilhelm-Lantermann-Straße 55 @46535 Dinslaken

**An den
Bürgermeister
Der Stadt Dinslaken
Herrn Dr. Michael Heidinger**

**Rathaus
Platz d'Agén 1
46535 Dinslaken**

Sascha H. Wagner

Fraktionsassistent

Wilhelm-Lantermann-Straße 55
46535 Dinslaken

Telefon 02064 / 4588243

Telefax 02064 / 4588244

FraktionDieLinkeDinslaken@gmx.de
www.die-linke-dinslaken.de

Sparkasse Dinslaken

Konto-Nr. 670 922 541

BLZ 352 51 000

Dinslaken, den 20. Juli 2010

Antrag auf Zahlung eines Mindestlohnes von 8 €/Std. bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Der Rat der Stadt Dinslaken möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nur solche Unternehmen auszuwählen, die ihre Arbeitnehmer / Arbeitnehmerinnen nach geltenden Tarifverträgen, mindestens aber mit 8 € je Arbeitsstunde entlohnen.

Ebenso macht die Vergabestelle die Auflage, dass in dem Betrieb vorwiegend sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiten. Dies gilt auch und besonders für die Beteiligung von Subunternehmern.

Die Auflagen werden schon in der Ausschreibung fest geschrieben. Deren Einhaltung ist zu kontrollieren. Bei allen neu abzuschließenden Verträgen werden diese Regeln verbindlich angewendet. Bestehende Verträge, insbesondere solche mit längerer Laufzeit werden überprüft und, wenn möglich, nachgebessert.

Begründung:

Erst ab einem **Mindestlohn** von 8 € / Std. kann sich ein Arbeitnehmer bei einer Vollzeitbeschäftigung selbst unterhalten. Dieses Entgelt entspricht im Übrigen der Pfändungsfreigrenze.

Bei geringeren Löhnen sind immer ergänzende Leistungen durch öffentliche Kassen, wie Wohngeld oder Arbeitslosengeld II erforderlich. Dies verursacht unnötige Kosten und ist nicht zumutbar. Ist ein Arbeitnehmer hingegen sozialversicherungspflichtig mit einem Mindestlohn von 8 €/ Std. beschäftigt, zahlt er sowohl in die sozialen Sicherungssysteme ein und trägt zusätzlich noch durch höhere Kaufkraft zur Stärkung der Binnennachfrage bei.

Dies ist statistisch belegbar und hat sich im europäischen Ausland als positiv erwiesen. Die dem Gemeinwohl verpflichteten Kommunen sind sowohl als Arbeitgeber als auch als und Auftraggeber aufgerufen, Zeichen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu setzen. Durch die Vergabe von Aufträgen hat die Kommune hierzu die Möglichkeit.

Mit freundlichem Gruß

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gerd Baßfeld', written in a cursive style.

Gerd Baßfeld
-Fraktionsvorsitzender-